

Redaktioneller Teil

Verein Leipziger Kommissionäre.

Betr.: Weihnachtsverkehr

am Sonntag, dem 11. und 18. Dezember 1932.

Leider hat die Aufsichtsbehörde an beiden Sonntagen, also auch am 18. Dezember, die Arbeit nur für den Leipziger Zwischenbuchhandel, nicht aber für den Leipziger Verlag genehmigt.

Am Sonntag, dem 11. Dezember werden unsere Mitglieder daher ihre Betriebe nicht öffnen, dagegen werden die Kommissionäre am Sonntag, dem 18. Dezember bereit sein, dringende Bestellungen, die mit erster Post hier eintreffen, auszuführen. Da der Leipziger Verlag leider nicht arbeiten darf, kann ein regelmäßiger empfohlener Verkehr nicht durchgeführt werden. Wir müssen also bitten, daß Bestellungen, die am Sonntag, dem 18. Dezember erledigt werden sollen, sich auf solche Verleger beschränken, die bei Leipziger Kommissionären ausgeliefert werden und auch dies nur in wirklich eiligen Fällen, wo das Verlangte unbedingt am Montag gebraucht wird.

Leipzig, den 7. Dezember 1932.

Verein Leipziger Kommissionäre.

Zur Wirtschaftslage.

Von Professor Dr. G. Menz.

[Regierungswechsel — Weltwirtschaftskonferenz — Das deutsche Volkseinkommen — Kaufkraftvergleich.]

Mehr als je muß diesmal der Regierungswechsel die Wirtschaft aufmerken lassen, hatte doch Herr von Papen schon in einer seiner ersten Verlautbarungen das allerdings sofort auf Ablehnung stoßende Wort fallen lassen, seine Regierung sei die letzte Hoffnung der freien Unternehmungswirtschaft; scheitere er, so werde auch ihr Schicksal entschieden sein. War diese Äußerung mehr als ein bloßer Versuch, mit diesem freilich nicht ganz unbedenklichen Mittel das Unternehmertum zu stärksten Anstrengungen aufzuschrecken — ihm Mut zu machen und es wieder zum Wagen aufzurütteln, war allerdings eins der Ziele der neuen Staatsführung —, so wird man, um auch der Schlußfolgerung gegenüber zur richtigen Stellungnahme gelangen zu können, jetzt in erster Linie die Frage zu stellen haben, ob Papen tatsächlich gescheitert ist und wodurch etwa seine Regierung zum Scheitern gebracht worden ist.

Ein Teil der Ansichten geht dahin, daß die neue Regierung nur unter anderem Namen die einfache Fortsetzung der bisherigen ist. Daß sich die Lage nicht geändert habe, glaubt man auch daraus entnehmen zu müssen, daß die Gegnerschaft der Nationalsozialisten unverändert geblieben ist. Es hätte sich allenfalls nur die Regierungsmethode und -taktik, nicht aber das Ziel und die Grundeinstellung gewandelt. Ob das zutrifft, ist heute noch nicht zu entscheiden. Daß es sich doch vielleicht auch um wesentlich mehr handeln kann — gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus gesehen —, darauf dürfte immerhin die Tatsache schließen lassen können, daß bestimmte Namen des bisherigen Kabinetts im neuen fehlen und daß statt dessen andere hinzugetreten sind, die ihm ein nicht unwesentlich verändertes Gesicht geben. Im übrigen spricht man auch jetzt bereits wieder davon, daß die Regierung Schleicher nur für einen etwa dreimonatigen Übergang bestimmt sei, um in Ruhe die weiteren Verhandlungen für eine

endgültige Regierungsbildung führen zu können und der Wirtschaft eine Atempause zu geben. Das trägt nicht gerade zur Klärung und Beruhigung bei, ist aber vielleicht hinzunehmen, nachdem ohnehin die Jahreszeit schon zu weit vorgeschritten ist, um noch in diesem Winter einen grundlegenden Umschwung zu ermöglichen. Man wird in der Tat nun bis zum Frühjahr warten müssen, nachdem so viel Zeit verloren worden ist.

Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen liegt das neue Regierungsprogramm noch nicht vor. Es kann aber doch wohl schon als feststehend gelten, daß es das große Verfassungsreformprojekt des Freiherrn von Gahl nicht aufnehmen wird. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen soll allerdings nicht mehr wieder aufleben. Alles andere aber wird zurückgestellt, nachdem sich gezeigt hat, daß nicht nur der Widerstand der jüdischen Regierungen und der Parteien nicht zu besänftigen war, sondern auch die Gefahr eines Generalstreiks bei unveränderter Fortführung einer auf's Ganze gehenden Politik auftauchte, in dem wahrscheinlich Nationalsozialisten und Marxisten in eine Front getreten wären. Angesichts dieser für die Wirtschaft naturgemäß untragbaren Aussicht hat sie durch ihre Führer selbst — genannt wurde Herr von Krupp — zum Einlenken gemahnt. Mag es sich nun zwar zunächst lediglich um eine Vertagung der an sich unerläßlichen Reform handeln. Wird sie aber, wenn sie schließlich doch kommt, nicht ein wesentlich anderes Gesicht tragen und tragen müssen, als es vorerst scheinen wollte? Daß in dem Neubau die Gewerkschaften voraussichtlich eine besondere Stellung einnehmen werden, ist schon heute erkennbar. Das kann auch auf die Wirtschaftsverfassung nicht ohne Wirkung bleiben. Auf sozialpolitischem Gebiet ist schon die Regierung Papen bereit gewesen, die Steuerscheinprämie für Neueinstellungen bei gleichzeitigem Tarifabbau preiszugeben. Sie war auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite auf Ablehnung gestoßen. Man darf sich deshalb auch nicht darüber wundern, daß Auswirkungen davon auf die Arbeitslosigkeit nicht sichtbar geworden sind. Folgerichtig kann jedoch dann aus dem bisherigen Ausbleiben solcher auch nicht auf ein Scheitern der Papenschen Bemühungen in dieser Richtung geschlossen werden. Die Wirtschaft hat ja von dem angebotenen Mittel eben nicht Gebrauch machen wollen. Die Tatsache auf der anderen Seite, daß der Hausbesitz, wie verlautbart, auf Grund der Papenschen Anregungen bisher schon Aufträge in Höhe von rund 250 Millionen Mark erteilt hat, ist unbedingt als Gewinn zu verbuchen. Von den Steuerscheinen ist im übrigen vorläufig ja nur ein sehr beschränkter Betrag in Erscheinung getreten. Bedauerlich ist, daß die Gründung der Holding-Gesellschaft, die den Banken durch Abnahme und Austattung ihrer eingefrorenen Außenstände zu größerer Bewegungsfreiheit verhelfen sollte, bislang nicht vorwärts gekommen ist. Es wäre sonst vermutlich auf dem Kreditmarkt schon mehr Erfolg sichtbar geworden. Daß sowohl Warmbold wie von Braun auch in das Kabinett von Schleicher übergegangen sind, scheint anzudeuten, daß sich sonst an der Wirtschaftspolitik nichts Wesentliches ändern soll. Immerhin darf das Kontingentexperiment wohl als gescheitert gelten. Zieht man alles zusammen, so erweist sich jenes Papensche Menetekel doch als überspitzt. Er ist nicht in dem Sinn und Umfang gescheitert, daß es sich erfüllen könnte. Die Wirtschaft selbst hat das durch ihr eigenes Verhalten nicht wahr haben noch wahr werden lassen wollen. Dessen muß man sich bewußt werden und insbesondere auch die Folgen zu tragen und die weiteren Folgerungen zu ziehen bereit sein.